

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 10/2023 vom 09.03.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Anne Applebaum: Was wäre, wenn man vor dem 24. Februar 2022 auf amerikanische Experten gehört hätte?*
- *Leociak: Wir sind als Menschheit unfähig, etwas zu lernen*
- *Deutschland steht an einem geopolitischen Scheideweg. Von der Entscheidung der Deutschen hängt nicht nur das weitere Schicksal des Krieges in der Ukraine ab*
- *Finnland garantiert polnischen Frauen kostenlosen Schwangerschaftsabbruch. Eindeutige Erklärung von Sanna Marin*
- *Polizeischutz für Jaroslaw Kaczynski. Wir enthüllen neue Informationen*
- *Bidens Hoffnung und Putins Lügen*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Anne Applebaum: Was wäre, wenn man vor dem 24. Februar 2022 auf amerikanische Experten gehört hätte?



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

Millionen von Ukrainern in Lagern, die Invasion von Vilnius, das besetzte Taiwan, der Iran mit einer Atombombe. Das haben uns die Ukrainer erspart.

Am 24. Februar 2023 sind es 12 Monate, 52 Wochen und 365 Tage, seit die ukrainische Armee kämpft. In dieser Zeit haben Soldaten und Freiwillige die Hauptstadt gerettet, den größten Teil des Landes geschützt und die Russen aus einigen der Gebiete vertrieben, die sie in den ersten Tagen des Krieges erobert hatten. Präsident Wolodymyr Selenskyj erlangte internationalen Ruhm, die Armee Anerkennung für ihre herausragenden Kampfleistungen und die Nation für ihre Tapferkeit und ihren Mut.

Nach einem Jahr dieses Krieges, des schlimmsten in Europa seit 1945, sollte man sich daran erinnern, dass dies alles nicht unvermeidlich war. Es war nicht unvermeidlich, dass Selenskyj oder Kiew überleben würden. Das Überleben der Ukraine als souveräner Staat war nicht unausweichlich. Noch im Februar 2022 hielten viele all dies für unwahrscheinlich.

Am Vorabend der Invasion rieten einige US-Experten davon ab, der Ukraine militärische Hilfe zu leisten, da der Krieg blitzschnell enden würde. Man ging davon aus, dass Russland so schnell siegen würde, dass die Ukrainer keine Zeit hätten, die übergebenen Waffen zu nutzen. Andere – sowohl in Europa als auch in Amerika – stellten hinter der russischen Propaganda rhetorisch die Frage, ob die Ukraine ihre Existenz verdiene und ob sie es wert sei, verteidigt zu werden. Einige westliche Politiker wiederholten diese Frage damals und wiederholen sie auch heute. Was wäre, wenn sich ihre Position durchgesetzt hätte? Was wäre, wenn ein anderer Präsident im Weißen Haus gesessen hätte, dem die Sicherheit Europas nicht am Herzen

gelegen hätte? Was wäre, wenn die Ukraine einen anderen Präsidenten gewählt hätte – einen, der sein Land nicht so verteidigen könnte wie dieser oder der gar nicht kämpfen wollte? Stellen Sie sich einen Moment lang eine Welt ohne den Mut der Ukrainer, ohne Waffen aus den USA und Europa, ohne die Einheit und Unterstützung der demokratischen Welt vor.

Die Familie Zelenski getötet, Hunderttausende von Kindern deportiert

Hätten die Russen den Plan ausgeführt, wäre Kiew in wenigen Tagen eingenommen gewesen. Selenskyj, seine Frau und seine Kinder wären in den Händen von Milizionären gestorben, die durch die Hauptstadt zogen. Der ukrainische Staat wäre von Kollaborateuren übernommen worden, die bereits die Wohnungen in Kiew für sich ausgewählt hatten. Und dann hätte die russische Armee Stadt für Stadt, Oblast für Oblast die Reste der ukrainischen Armee verdrängt und schließlich das ganze Land bis zur polnischen Grenze erobert. Der russische Generalstab stellte sich den Sieg innerhalb von sechs Wochen vor.

Wäre alles nach Plan verlaufen, wäre die Ukraine heute voll von Konzentrationslagern, Mordanstalten und Behelfsgefängnissen, wie sie in Butscha, Isjum, Cherson und allen von den Russen besetzten und später von der ukrainischen Armee befreiten Gebieten entdeckt wurden. Eine ganze Generation von ukrainischen Schriftstellern, Künstlern, Politikern, Journalisten und sozialen Aktivisten - die Russen hatten eine Liste parat - würde in Massengräbern liegen. Ukrainische Bücher würden aus den Schulen und Bibliotheken verschwinden. Die ukrainische Sprache würde auf öffentlichen Plätzen nicht mehr erklingen.

Hunderttausende ukrainischer Kinder wären entführt und tief nach Russland deportiert oder weiter in die Welt hinaus verkauft worden.

Geblendet vom Sieg hätten sich russische Soldaten an der polnischen Grenze verschanzt und neue Kommandoposten eingerichtet. Die NATO würde im Chaos versinken. Sie müsste Milliarden ausgeben, um sich auf die unvermeidliche Invasion von Warschau, Vilnius und Berlin vorzubereiten. In der besetzten Ukraine würden junge Männer in die Fänge russischer Anwerber geraten, die sie zur Teilnahme an diesen Eroberungen zwingen würden. Millionen ukrainischer Flüchtlinge würden in Lagern über ganz Europa verstreut leben, ohne Aussicht auf eine Rückkehr. Die Welle der Sympathie, mit der sie begrüßt wurden, wäre längst abgeebbt, das Geld wäre ausgegangen, es hätte eine Gegenreaktion gegeben. Moldawiens Wirtschaft wäre zusammengebrochen, und seine prorussische Regierung hätte den Beitritt zur entstehenden russisch-weißrussisch-ukrainischen Föderation geplant, den ein russischer Propagandist bereits am 26. Februar eilig angekündigt hatte.

Die demokratische Welt wäre auf schreckliche Weise unzeitgemäß

Die Katastrophe würde nicht auf Europa beschränkt bleiben. Chinas Pläne, in Taiwan einzumarschieren, würden in die Umsetzungsphase eintreten. Weil Peking erkannt hätte, dass Amerika, das offenbar nicht bereit war, einen europäischen Verbündeten zu verteidigen, in einen langwierigen Konflikt mit einem ermutigten Russland verwickelt war und sich daher keine Mühe geben würde, um einer Pazifikinsel zu helfen. Ermutigt durch Russlands Erfolg würden die iranischen Mullahs kühn verkünden, dass sie nun endlich über Atomwaffen verfügen. Von Venezuela über Simbabwe bis Myanmar würden die Diktaturen in aller Welt an der Schraube drehen und die Opposition umso eifriger verfolgen, weil sie glauben, dass die alten Regeln – Menschenrechts- und Völkermordkonventionen, das Kriegsrecht und das Tabu, Grenzen mit Gewalt zu verändern – nicht mehr gelten. Von Washington bis London und von Tokio bis Canberra hätte sich die gesamte demokratische Welt erschreckend überholt gefühlt.

Nichts von alledem geschah. Denn Selenskyj blieb in Kiew und fügte hinzu: „Ich brauche Munition, keine Mitfahrgelegenheit“. Weil das ukrainische Militär den ersten Angriff auf die Hauptstadt zurückgeschlagen hat. Und weil die ukrainische Öffentlichkeit hinter ihrer Armee stand. Die Ukrainer verstanden es, ihre begrenzten Ressourcen äußerst effizient einzusetzen.

Schau, was wir zusammen erreicht haben

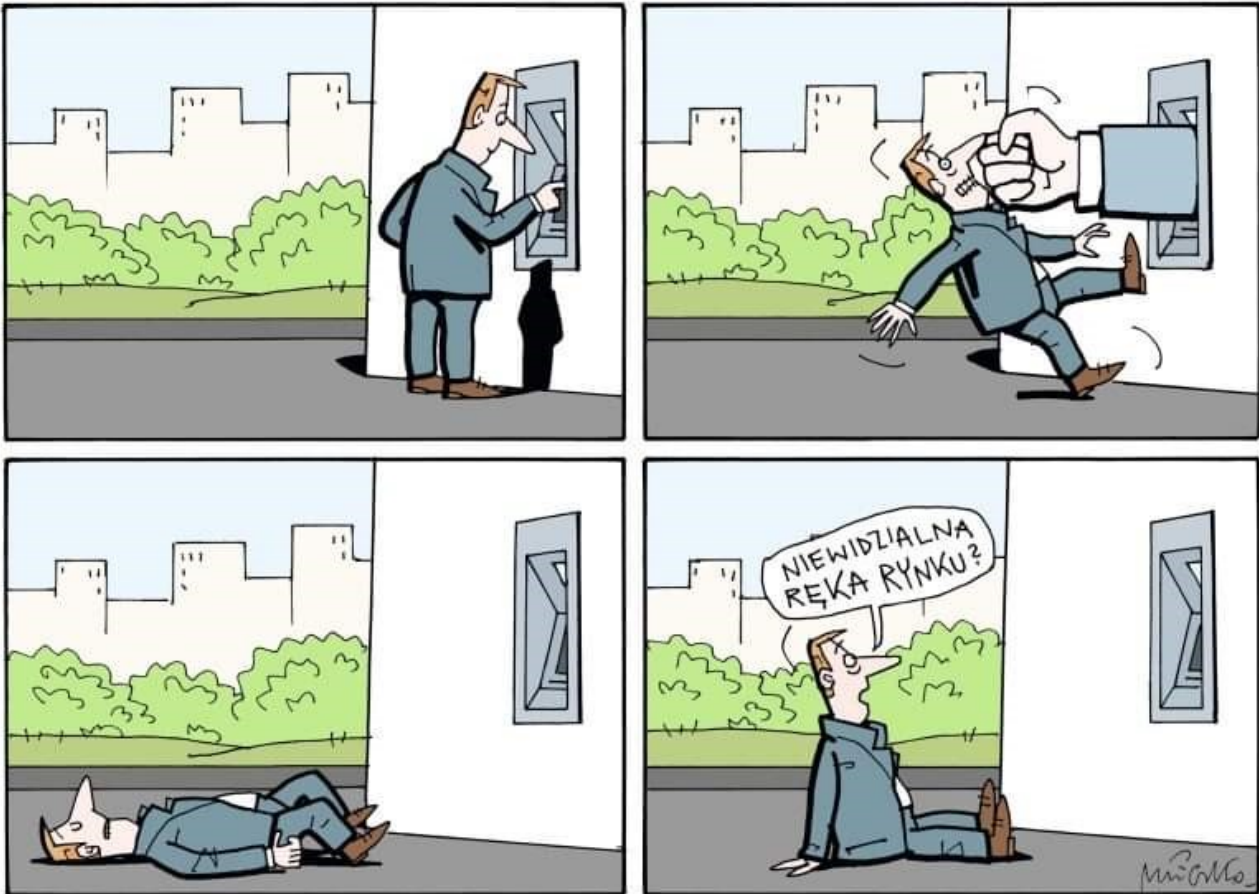
Ukrainern ist es zu verdanken, dass wir nicht in dieser alptraumhaften alternativen Realität leben.

Die ersten Wochen des ukrainischen Widerstands haben Präsident Joe Biden und die Mitglieder des Kongresses beeindruckt, die der Versuchung des Isolationismus, des „America First“, widerstanden haben, indem sie den Autokratiekult ablehnten, der heute Teile der amerikanischen Rechten übernommen hat. Die europäischen Staats- und Regierungschefs - mit Ausnahme von Orbán, einem der wichtigsten Ideologen dieses Kults - widerstanden der gut geplanten russischen Desinformations- und Erpressungskampagne und unterstützten die Ukraine militärisch und menschlich. Die Menschen auf der ganzen Welt haben gesehen, dass die Ukrainer sich gegen eine brutale Diktatur gewehrt haben, und sie haben sie unterstützt, indem sie ihre Zeit und ihr Geld gespendet haben.

Dank unseres gemeinsamen Einsatzes hat Kiew überlebt. Die Ukrainer kontrollieren noch immer den größten Teil des Territoriums. Die Massaker, die Hinrichtungen, die Massengewalt, die die Russen ihnen antun wollten, haben den größten Teil der Ukraine nicht betroffen. Der Mythos von Russlands militärischer Macht ist gefallen. China und Iran werden von Unruhen erschüttert. Die demokratische Welt ist nicht zusammengebrochen, sondern nur gestärkt worden. Im Dezember erklärte der ukrainische Präsident in Washington, dass „wir in der Lage waren, die Weltgemeinschaft zur Verteidigung der Freiheit und des Völkerrechts zu vereinen“. Selenskyj dankte den Amerikanern und Europäern noch einmal im Namen der Ukrainer. In Wirklichkeit sind wir es, die ihnen danken sollten.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,29465847,anne-applebaum-co-by-bylo-gdyby-przed-24-lutego-2022-posluchano.html>



www.mleczko.pl

DIE UNSICHTBARE HAND DES MARKTES?

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Leociak: Wir sind als Menschheit unfähig, etwas zu lernen



Quelle: krytykapolityczna.pl

Auszüge aus einem Interview mit Prof. Jacek Leociak, Literaturhistoriker, u. a. Leiter der Abteilung für Holocaust-Literaturforschung am Institut für Literaturforschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Wir interessieren uns für Ihre Sicht auf den Krieg in der Ukraine aus der Perspektive eines Historikers, Holocaust- und Weltkriegsforschers.

Jacek Leociak: Ich betrachte diesen Krieg als etwas, das sich wiederholt, das nach Europa zurückkehrt. Das ist eine der schmerzhaftesten Erfahrungen für mich. Ich sehe eine Art schreckliche Wiederholung in dem, was die Russen in der Ukraine tun, und ich stehe dem hilflos gegenüber. Für mich ist das wahrscheinlich die schmerzhafteste Erfahrung. Ich betrachte es mit dem ganzen Gepäck meines Wissens, ich bin in der Analyse von Holocaust-Zeugnissen ausgebildet. Ich schaue mir etwas an, das ich bis zu einem gewissen Grad kenne, ich weiß, was die Mechanismen und die Dynamik des Prozesses sind, und ich habe keinen Einfluss auf ihn. Ich sehe nur, dass es sich einfach wiederholt. Das Verhalten einzelner Menschen und Länder ist dem, was ich aus den 1930er Jahren kenne, bemerkenswert ähnlich. Eine solche Beobachtung ist kognitiv niederschmetternd. Wir sind als Menschheit nicht in der Lage, etwas zu lernen. Die verharmlosende, bis zur absoluten Lächerlichkeit getriebene Parole „Nie wieder“ klingt in meinen Ohren. Unsere historische Erfahrung ist einfach wertlos, das heißt: Sie führt zu keiner Veränderung der Realität.

Diejenigen, die über die Angelegenheiten dieser Welt entscheiden, die Staatsoberhäupter, die Supermächte, sind mit ultimativen Herausforderungen konfrontiert, die wir ja schon aus der Geschichte des

20. Jahrhunderts kennen. Sind sie sich dessen voll bewusst? Ich erinnere mich an Ingmar Bergmans Film „Das Schlangenei“. Berlin 1923: eine Zeit der Nachkriegskrise und -verwirrung, der grassierenden Hyperinflation, des brutalen politischen Kampfes, eine Zeit der Freikorps und der politischen Morde und schließlich eine Zeit des Münchener Putsches, als Hitler - immer noch unwirksam und fast grotesk - nach der Macht griff. Noch schien er ein nicht ernst zu nehmender Narr zu sein. Aber es dauerte nur 10 Jahre, bis dieser Clown die vollständige und ungeteilte Macht über Deutschland erlangte, und 16 Jahre, bis er den größten Krieg der Geschichte entfesselte und das monströseste Projekt verwirklichte: die Vernichtung der europäischen Juden. In diesen dunklen, schmutzigen Berliner Hinterhöfen und Höhlen wurde bereits etwas Schreckliches geboren. Noch nicht ganz sichtbar - wie ein Schlangenei, das von einer Eierschale umgeben ist, die ihn vor der Welt schützt. (...) Während der mehr als 20 Jahre der Herrschaft Putins entwickelte sich also dieser schlangenartige Embryo und war gut sichtbar. Die Schale war durchsichtig. Und die westlichen Politiker müssen es gesehen haben, es sei denn, sie hatten ihre Augen weit geschlossen. Die westlichen Demokratien, insbesondere Deutschland und Frankreich, verfolgten gegenüber Putin eine Politik, die wir aus den späten 1930er Jahren kennen - eine Politik der Beschwichtigung. Eine solche Politik hat Putin ermutigt, die Ukraine anzugreifen.

Timothy Garton Ash schrieb kürzlich darüber und forderte Bundeskanzler Scholz auf, die Entsendung von Leopard-Panzern in die Ukraine nicht länger hinauszuzögern. Bei dieser Gelegenheit schrieb er etwas über die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel, was ich äußerst empörend fand, aber die Richtigkeit der Überlegungen über Deutschlands Beschwichtigungspolitik gegenüber Putin bestätigt. In einem Interview lobte Angela Merkel kürzlich den Netflix-Film „München“, weil er Neville Chamberlain in einem besseren Licht erscheinen lasse. In der Tat - Chamberlain winkte bei seiner Rückkehr aus München auf dem Flughafen Heston mit einem Stück Papier und verkündete: „Ich habe euch den Frieden gebracht“, steht heute in einem sehr hellen Licht vor uns. Es ist das Licht des Kriegsbrandes, den Hitler weniger als ein Jahr nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens entfesseln würde. Natürlich öffnet die Welt heute die Augen und hat - so hoffe ich - den Horizont von Chamberlain, den Angela Merkel rehabilitieren will, bereits überschritten. Aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass wir schon viel zu lange einer Art hypnotischem Tanz zuschauen, den die Politiker schon einmal getanzt haben. Aber jetzt ist dieses Schlangenei geplatzt, die Schalen sind abgefallen.

Erstaunlich war die anfängliche Passivität der Politiker. Sie taten so, als ob sie nicht glauben könnten, was geschieht.

Die utopische These, dass mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten 1989 das „Ende der Geschichte“ gekommen sei und die liberale Demokratie und die kapitalistische Marktwirtschaft - die perfektsten politischen Systeme überhaupt - für alle Zeiten herrschen würden, war aus heutiger Sicht absurd. Fukuyama selbst gibt heute zu, dass dies eine falsche Diagnose war. Sie ist jedoch die Quelle jener Haltungen, die wir vor dem 24. Februar gesehen haben, jener Illusion, dass die Geschichte zu einem Ende gekommen ist, dass die Zeit der heißen und kalten Kriege hinter uns liegt, dass wir in einer Welt der Zusammenarbeit und nicht der imperialen Eroberung leben.

(...)

Ich komme auf die Metapher des Schlangeneis zurück. Die Schale war durchsichtig. Schließlich war schon lange klar, wer Putin war: ein Schläger im wörtlichen Sinne, eine Art Leningrader Lump, ein KGB-Mann, kein Demokrat irgendeiner Art. Der zweite Tschetschenienkrieg wurde im Jahr 2000 zu Putins Wahlkampftreibstoff. Acht Jahre später marschierten russische Truppen in Georgien ein. Auf einer berühmten Kundgebung in Tiflis, wo die Präsidenten Polens, der Ukraine, Litauens und Estlands zusammenkamen, sagte Präsident Lech Kaczyński: „Und wir wissen auch sehr gut, dass heute Georgien, morgen die Ukraine, übermorgen die baltischen Staaten und später vielleicht mein Land, Polen, an der Reihe sind“. Und dann kam 2014 - der Beginn des russisch-ukrainischen Krieges. Die Kämpfe um den Donbas, die Annexion der Krim. Und schließlich der 24. Februar 2022 - der Tag, an dem der offen völkermörderische Krieg Russlands gegen die Ukraine ausbricht. Am nächsten Tag verurteilte Angela Merkel den Angriff und sagte der Agentur dpa in diplomatischer Sprache: „Dieser russische Angriffskrieg stellt eine tiefe Zäsur in der europäischen Geschichte nach dem Ende des Kalten Krieges dar“. Und dann schwieg sie.

(...)

Zu Beginn des Krieges las ich das Ergebnis einer europäischen Umfrage zur Frage, wer die Schuld am Krieg trage: Russland oder die NATO? Italien war am stärksten pro-russisch eingestellt, Deutschland lag mehr oder weniger in der Mitte. Viele Menschen in Europa waren damals der Meinung, die NATO sei schuld, weil sie sich Russland zu sehr angenähert habe, was Putin verärgert habe. Es wäre besser, sich ruhig zu verhalten und russisches Gas und Öl zu kaufen.

Aber die Einstellung ändert sich.

Eine von YouGov-Cambridge durchgeführte und im Oktober 2022 im Guardian analysierte Umfrage zeigt unter anderem, dass die überwiegende Mehrheit der Bürger in den westlichen Ländern (mit Ausnahme von Ungarn, Italien und Griechenland) keine Kompromisse mit Russland akzeptiert und die Aufrechterhaltung der Sanktionen auch dann befürwortet, wenn Russland sich zur Rückgabe der beschlagnahmten Gebiete entschließen würde. Dies ist erfreulich.

(...)

Ungeziefer. Putin hat ein solches Wort benutzt – Ungeziefer.

Dies ist eine Wiederholung der Nazi-Sprache. Die Sprache ist dieselbe und die Handlungen sind ähnlich: Töten, zerstören, ausrotten. Aber nicht nur Töten allein, sondern Töten mit besonderer Grausamkeit, Missbrauch mit besonderer Demütigung. Es geht um die Vergewaltigung von Frauen, die Vergewaltigung von Kindern. Das sind die schrecklichsten Dinge, die man sich überhaupt vorstellen kann. Dies ist nicht nur eine militärische Auseinandersetzung, ein bewaffneter Kampf zwischen gegnerischen Armeen. Die Russen behandeln die Zivilbevölkerung wie Heuschrecken, die ausgerottet, das Land von ihnen befreit und die Städte gesäubert werden müssen. Die mörderische Belagerung von Mariupol ist das Verbrennen einer keimverseuchten Stadt mit Feuer. Dies sind Grausamkeiten, die Russland aus dem Kreis der zivilisierten Länder herausnehmen.

(...)

Eine weitere Ähnlichkeit ist mir sehr aufgefallen. Die völlige Überraschung des Krieges, genau wie zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. Alles deutete darauf hin, dass es einen Krieg geben würde, aber die Menschen waren nicht in der Lage, dies zu akzeptieren. Ich erinnere mich an diese totale Überraschung und Ungläubigkeit im Februar.

Jeder ist überrascht, wenn etwas passiert, das nicht zu seinem Bewusstseinshorizont passt. (...) Er hält es nicht für möglich, und er täuscht sich bis zum Schluss, denn jetzt wissen wir, dass es einfach eine Illusion ist. Er ist überrascht, weil er dachte: ja, ja, er schreit hier und da, dieser Putin, er stellt eine Art Ultimatum.

(...)

Ich glaube, 1939 war es ähnlich, nicht wahr? Vielleicht ist es nur so, dass der Ausbruch des Krieges, nicht irgendwo weit weg, sondern hier, ganz in der Nähe, etwas ist, das die Menschen nur schwer in ihren Köpfen verarbeiten können?

Nun, ja, aber ich denke, 1939 wurde die Situation realistischer eingeschätzt. Die öffentliche Meinung, wenn man die Presse, die Aussagen von Publizisten und Historikern betrachtet, war wahrscheinlich realistischer als heute. Schon nach dem Anschluss war klar, dass Hitler nicht aufhören würde. Und die Politiker waren, wie sie es heute sind - und das ist eine weitere Gemeinsamkeit -, nicht auf der Höhe der Zeit. Und dieser groteske Chamberlain, der nach dem Münchner Abkommen „den Frieden brachte“.

(...)

Ich denke noch an etwas Anderes. An die Tatsache, dass dieser Krieg den Zustand der Welt radikal verändert. Und nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt. Es gibt keinen Weg zurück zu dem, was vor dem 24. Februar 2022 war. Die tektonischen Platten, auf denen unsere Welt ruht, haben sich verschoben. Es ist bereits geschehen. Wir können die Augen schließen und so tun, als wäre es nicht geschehen, aber

es ist geschehen. Und wir befinden uns jetzt auf einer solchen Scholle. Wir betreten einen gefrorenen Fluss, und diese Scholle bricht unter unseren Füßen. Was zuvor als stabile Oberfläche galt, bröckelt nun. Das Drama ist, dass viele Menschen dies nicht erkennen wollen. Darunter auch Politiker. Es gibt immer noch diese Überzeugung, dass der Status quo erhalten werden kann. Das ist aber nicht möglich, davon bin ich überzeugt. Es geht nicht, weil jeder Anschein weggefallen ist. Die giftige Schlange ist bereits aus dem Ei geschlüpft und beißt zu. Russland hat aufgehört, die Rolle eines normalen Staates zu spielen. Es überschüttet Städte mit Raketen und tötet dort unschuldige Menschen. Es droht mit der Atombombe. Je früher wir begreifen, dass sich diese tektonischen Platten getrennt haben und dass die Situation nicht mehr so sein wird, wie sie war, desto besser für uns.

Wir müssen diese Welt neu ordnen, erkennen, dass die bisherige Ordnung vorbei ist. Und nicht an dem festhalten, was war. Nicht wie einige deutsche Intellektuelle appellieren: Lasst uns keine Waffen in die Ukraine schicken, weil es einen Dritten Weltkrieg geben wird, lasst uns die ukrainischen Städte entwaffnen, lasst uns den Frieden für die Welt retten, indem wir Putin nachgeben und ihn zähmen. Und dann werden wir Gas und gute Beziehungen haben. Wir werden die Darsteller des Bolschoi-Theaters tanzen und singen sehen. Das wird nicht mehr der Fall sein. Und je früher wir das begreifen, desto besser sind unsere Chancen, das, was kommt, zu meistern. Und wir wissen nicht, was kommen wird, was vor uns liegt.

Nun, was genau wird dabei herauskommen? Ich frage, weil Sie ja eine historische Perspektive haben, Sie haben diese Kette von Ereignissen erkannt, die zu diesem Krieg und dem Holocaust geführt haben.

Weiß ich nicht.

Und Sie wissen, welche Folgen solche Abläufe im Fall von Nazi-Deutschland hatten. Wie könnte sich das dann entwickeln? Russland wird exemplarisch bestraft und Putin landet mit seiner Bande in irgendeinem Nürnberg?

Ich denke, es besteht absolut keine Chance, dass Putin mit seiner Bande in einem neuen Nürnberg landet. Ich würde Folgendes sagen: Ich kann nicht vorhersagen, was passieren wird, aber eines weiß ich: Wenn der offenen, brutalen, tödlichen russischen Aggression nicht aktiv entgegengewirkt wird, dann wird es schlimm enden.

Wir können die Ukraine militärisch unterstützen und damit Russland gewaltsam entgegentreten, auf die Gefahr hin, dass dies Putin nicht gefällt und er - wie er droht - einen Atomkrieg auslöst, wovor Deutschland warnt und sich entsetzlich fürchtet. Oder wir können davon absehen, Waffen in die Ukraine zu schicken, die Ukrainer zur Kapitulation und zu defätistischen Verhandlungen drängen, und Putin weitere Opfer in seine Drachenhöhle werfen und hoffen, dass er dann besänftigt sein wird, seinen Appetit gestillt hat und vielleicht wie ein alter Bär einschläft. Wir können also das tun, was die europäischen Länder kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs getan haben, und dann werden wir 100 % sicher Krieg haben. Das ist meiner Meinung nach die Alternative. Wir können ihn nur mit Stärke stoppen, nicht mit Überredung. Sie müssen verlieren, und dann werden wir den Frieden retten, indem wir Risiken eingehen.

Sprechen Sie von der direkten Beteiligung der NATO am Krieg?

Nein, nein. Ich spreche von militärischer Unterstützung für die Ukraine, langfristiger Unterstützung, denn dieser Krieg wird andauern. Die Ukrainer kämpfen auch für den Westen, für uns. Die Ukrainer, die von uns mit Waffen, mit Technologie, mit Geheimdienstwissen ausgestattet werden, nehmen die ganze Last des Kampfes auf sich gegen ein tödliches Imperium, das diesen Teil der Welt übernehmen will, auf ihren Körper, buchstäblich auf ihren Körper. Wenn wir sie also militärisch unterstützen, haben wir eine Chance, Russland mit Gewalt aufzuhalten. Selbst auf die Gefahr hin, dass Putin den Knopf drückt, um es kurz zu sagen.

Das Risiko ist absolut vorhanden, aber meiner Meinung nach muss es eingegangen werden. Und wenn wir es nicht eingehen und uns auf Deals verlassen, in dem Glauben, dass wir Russland etwas überlassen,

wenn wir etwas aufgeben, dann bin ich mir sicher, dass es weitere Etappen geben wird, denn dieser Mann im Kreml wird nicht aufhören. Man muss ihn mit Gewalt zügeln, wie ein starkes Pferd, und man muss ihm die Zügel so festziehen, dass es ihm einfach die Schnauze zerreißt. Sonst wird er nicht aufhören. So viel dazu.

Zsfg.: AV

<https://krytykapolityczna.pl/swiat/zofia-waslicka-artur-zmijewski-jacek-leociak-wojna-w-ukrainie-z-perspektywy-badacza-zaglady/>

Deutschland steht an einem geopolitischen Scheideweg. Von der Entscheidung der Deutschen hängt nicht nur das weitere Schicksal des Krieges in der Ukraine ab



Quelle: forsal.pl

Ein Kommentar von **Michał Kuź**

Der Krieg in der Ukraine sollte zu einem Umbruch in der deutschen Politik in der Größenordnung des Falls der Berliner Mauer führen. Wehe Deutschland, wehe Europa und wehe der NATO, wenn dies nicht geschieht, wenn die Entputinisierung der Eliten nicht endlich stattfindet und eine neue Qualität entsteht.

Es ist heute eine Binsenweisheit, dass Deutschland in den letzten Jahrzehnten Fehler in seiner Ostpolitik gemacht hat. Außerhalb eines engen Kreises von Experten ist jedoch nur wenigen bewusst, wie tief diese Fehler in der deutschen Geschichte und Realitätswahrnehmung verankert sind. Immerhin geht der Aufbau der Beziehungen zu den Sowjets und später zu Russland, der vor allem auf Energieinteressen beruhte, auf die 1960er Jahre zurück. Diese Haltung stieß von Anfang an auch auf konsequente Kritik aus Washington.

Ist dies das Ende der Ostpolitik?

Der erste Fehler war die 1964 in Betrieb genommene Druschba-Ölpipeline, die von der Kennedy-Regierung von Anfang an kritisiert wurde. Sie zwang Berlin damals, die Einfuhr großer Rohre zu verbieten, die für den Bau weiterer Anlagen verwendet werden könnten. Willy Brandts berühmte Ostpolitik konnte jedoch solche Hindernisse umgehen und in den 1970er Jahren dem Öl auch Gasimporte hinzufügen. Denn die bittere Wahrheit, an die man sich in Polen lieber nicht erinnert, ist, dass das Ziel von Brandts Ostpolitik nicht hochtrabende Gesten und Versöhnung mit den Polen waren. Das Hauptziel war es, ein Verhältnis zu Moskau aufzubauen, das es ermöglichen würde, über eine friedliche Wiedervereinigung nachzudenken und Berlin mehr Autonomie in seinen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu geben. Dies geht aus zahlreichen Interviews und Äußerungen von Egon Bahr klar hervor.

In den 1980er Jahren versuchte Ronald Reagan, der zu dieser Zeit einen Stellvertreterkrieg mit Moskau in Afghanistan führte, mehrmals, Deutschland davon zu überzeugen, seine Gaseinfuhren aus der UdSSR zu

reduzieren. Vergeblich: 1989 deckte das Gas aus dem Osten bereits ein Drittel des deutschen Bedarfs. Dies wiederum ist nur ein Ausschnitt aus den bilateralen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau, die auf der berühmten Zwei-plus-Vier-Konferenz (1990) in grünem Licht für die Wiedervereinigung gipfelten.

Wir haben es also mit einer mehr als ein halbes Jahrhundert währenden wirtschaftlichen Verflechtung zu tun, die auch durch die Wende von 1989 nicht beschädigt, sondern in gewisser Weise sogar gestärkt wurde. Zudem waren es nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Christdemokraten, die sich um eine bestmögliche Partnerschaft mit Moskau bemühten. Im Jahr 2022 kamen Dokumente ans Licht, aus denen klar hervorging, dass Helmut Kohl 1991 gegen die Unabhängigkeit der baltischen Staaten und der Ukraine eingetreten war, der Erweiterung der NATO ablehnend gegenüberstand und den Zusammenbruch der UdSSR als historische Katastrophe betrachtete. Außerdem versuchte Kohl, François Mitterrand von dieser Einschätzung zu überzeugen, doch Mitterrand wich aus. George Bush Senior und vor ihm Ronald Reagan und Margaret Thatcher hingegen hatten bekanntlich eine völlig andere Sicht der Dinge.

In diesem Zusammenhang ist es jedoch nicht mehr so überraschend, dass Kohls politisches Ziehkind Angela Merkel im Jahr 2008 den so genannten Fahrplan für die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens blockierte, Länder, die später von Russland überfallen wurden. Der damalige Chef der polnischen Diplomatie, Radosław Sikorski, ließ keinen Zweifel daran, dass diese Handlungen von den besonderen Beziehungen zu Moskau diktiert wurden. Tatsächlich wurden diese Beziehungen erst durch den Krieg in der Ukraine und die nicht ganz geklärte Beschädigung der Gaspipelines auf dem Grund der Ostsee (im wörtlichen wie im übertragenen Sinne) nachhaltig untergraben. Bislang haben wir es mit einem recht banalen Muster zu tun: Die USA und Großbritannien drängen auf die Ausweitung der Grenzen westlicher politischer Strukturen; Frankreich sagt nicht gleich nein, will aber immer etwas im Gegenzug aushandeln. Deutschland hingegen hält an der Politik etablierter Einflusssphären in Europa fest, vor allem im Zusammenhang mit Russland, es sei denn, der Druck aus Washington zwingt es fast zwangsweise zu einem anderen Verhalten. Kann eine so verstandene und tief verankerte deutsche Ostpolitik ein Ende finden?

Schon kurz nach Kriegsausbruch kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz einen radikalen politischen Kurswechsel und eine Erhöhung der Rüstungsausgaben an. Sein Exposé wurde bald als veritable „Zeitenwende“ bejubelt. Es ist kein Zufall, dass dieses Wort im Deutschen für epochale Ereignisse reserviert ist; man hat es schon einmal im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 gehört. Über Olaf Scholz lässt sich vieles sagen, aber es fällt schwer, ihn zu verdächtigen, ein herausragender Staatsmann zu sein. Er ist ein effizienter Parteipolitiker und ein hervorragender Organisator. Die meiste Zeit seiner Karriere stand er jedoch im Schatten anderer Akteure mit ausgeprägteren Führungsqualitäten. Er war vor allem für seine langen, langweiligen Reden und seine griesgrämige, eingebilddete Art, mit den Medien zu kommunizieren, bekannt. Die Deutschlandexpertin des Zentrums für Osteuropastudien, Anna Kwiatkowska, weist auch auf seinen „jugendlichen“ Linksradikalismus und Antiamerikanismus hin.

Nicht bestandene Geschichtsprüfung

Die deutschen Beziehungen zu Russland basierten bis zum Krieg in der Ukraine auf einem Dreiklang. Erstens auf der Suche nach billigen Energiequellen, um die Wettbewerbsfähigkeit einer ansonsten wenig innovativen Wirtschaft zu retten, die auf Mid-Tech, d. h. der Produktion von industriellen Vorleistungsgütern von sehr hoher Qualität, basiert. Zweitens auf der Dankbarkeit für die Ermöglichung der Wiedervereinigung in Verbindung mit der Wahrnehmung Moskaus als Garant für die Stabilität in der Region. Die dritte Säule hingegen ist für die Deutschen selbst vielleicht am peinlichsten, aber leider sehr real. Es geht um das, was man in der Theorie der internationalen Beziehungen als „soft balancing“ bezeichnen kann, d. h. eine schrittweise Emanzipation vom angelsächsischen Einfluss, um diesen dann auszugleichen und dann eine kontinentale Alternative dazu aufzubauen.

Die kontinentale Tendenz war im Falle des wilhelminischen Deutschlands, der Weimarer Republik und natürlich des nationalsozialistischen Deutschlands ganz offensichtlich. Liest man jedoch heute die Schriften des Vaters der deutschen Geopolitik, Karl Haushofer (1869-1946), so fallen sie sogar in ihrer Zeitgenossenschaft auf. Haushofer sah das enorme Potenzial nicht nur Russlands, sondern auch - und das

war damals noch nicht ganz klar - Chinas. Er sah die Zukunft Deutschlands gerade im Aufbau einer Kontinentalachse bis nach Peking. Diese Ideen inspirierten deutsche Politiker vieler Generationen und vieler Optionen, darunter auch seinen Schüler Rudolf Heß, den späteren stellvertretenden Vorsitzenden der NSDAP. Heß' berühmte Flucht nach England und die Beteiligung Haushofer Sohnes am versuchten Attentat auf Hitler sowie die jüdische Herkunft seiner Frau ließen den Denker nach 1941 in Ungnade fallen. Er wurde sogar kurzzeitig inhaftiert und später von den Alliierten wegen seiner Mitverantwortung für Kriegsverbrechen verhört, was der Vernehmungsbeamte jedoch schließlich ausschloss. Letztendlich beging Haushofer 1946 unter nicht ganz geklärten Umständen gemeinsam mit seiner Frau Selbstmord.

Ich beschreibe diese Figur deshalb so ausführlich, weil, obwohl der Begriff der Geopolitik in Deutschland seit Jahren zensiert wird, die Äußerungen der härtesten Putinverstehrer, wenn sie mir begegnen, voller Haushoferismus sind. Ein bekannter Kreml-Liebling, der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer, schrieb zum Beispiel einmal in der Welt über die Notwendigkeit, einen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok aufzubauen. Kretschmer ist ein CDU-Politiker. Noch mehr solcher Putinverstehrer gibt es aber in der Regierungspartei SPD. Schließlich äußert sich Gerhard Schröder - sowohl als Kanzler als auch als bezahlter Lobbyist Putins - seit Jahren in ähnlicher Weise über den kontinentalen Wirtschaftsraum. Die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, ging sogar so weit, eine eigene Stiftung zu gründen, über die Gazprom zweistellige Millionenbeträge überwiesen hat. All dies, um die US-Sanktionen zu umgehen.

Das Gleiche gilt für China. Deutschland hat in den letzten Wochen seiner EU-Ratspräsidentschaft fast mit einem Kniefall ein Handelsabkommen mit Peking durchgesetzt. Auch nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine wurden die guten Beziehungen zu Peking von Olaf Scholz aufrechterhalten und China der Kauf eines Terminals im Hamburger Hafen ermöglicht.

(...)

Wir kommen zu einer weiteren unangenehmen Wahrheit für Deutschland. Massenunterdrückung, Personenkult, ein System, in dem zwei Drittel der Bevölkerung de facto beim Staat angestellt sind, die völlige Vasallisierung der Medien, allgegenwärtige Gewalt und die despotische Abhängigkeit des Handelns des Machtapparates vom Willen eines Mannes - all das macht das heutige Russland nicht einmal zu einem autoritären, sondern zu einem totalitären Staat. In Deutschland wird derweil, auch aus dem Munde des jetzigen Bundeskanzlers, betont, dass wir es mit einem „Putin-Krieg“ zu tun haben, an dem die einfachen Russen absolut keine Schuld trügen. Das sieht ein bisschen aus wie eine Kopie der Dämonisierung Hitlers auf Kosten der Beschönigung der „einfachen Deutschen“. Es scheint, als ob unsere westlichen Nachbarn nicht verstehen, dass es in entwickelten Rechtskulturen zwar kein Konzept der kollektiven Verantwortung gibt, dass aber auch Phänomene wie der Totalitarismus nicht einfach als Schöpfungen eines einzelnen, kranken Individuums behandelt werden können. Von dort ist es nur ein Schritt zu der Schlussfolgerung, dass es ausreicht, dieses Individuum zu beseitigen, um die Situation zu verbessern. Von dort ist es nur ein Schritt zu der Schlussfolgerung, dass ein solches Individuum eine Laune der Natur ist und dass ähnliche Dinge vor langer Zeit unter außergewöhnlichen Umständen geschehen sind und so sind, als ob sie nicht real wären und sicherlich kein Recht haben, sich zu wiederholen. Unterdessen ist der Totalitarismus eine Krankheit der gesamten Gesellschaft, die sie in ihrer Gesamtheit aufarbeiten muss, bevor man ihr auf der internationalen Bühne wieder trauen kann. Darauf zu warten, Putin durch ein anderes Gesicht zu ersetzen, um zur Tagesordnung überzugehen, wäre so, als würde man Admiral Karl Dönitz 1945 als Reichspräsident im Amt belassen. Und mit ihm das nationalsozialistische Rechtssystem einschließlich der Nürnberger Gesetze und des Repressions- und Terrorapparats, und sei es nur, um weiteres Blutvergießen und politische Destabilisierung in Hitlers recht effizient organisiertem Europa zu vermeiden. Doch selbst eine so beeindruckende Arbeit an der eigenen Identität, wie sie das Nachkriegsdeutschland geleistet hat, muss nicht zwangsläufig zu den gewünschten Ergebnissen führen.

Warten auf einen deutschen Churchill

(...)

Ohne starke Beziehungen zu Russland und China kann Deutschland nicht das wirtschaftliche Kraftzentrum sein, das es bisher war. Man kann also nicht erwarten, dass es sich mit einer normalen, offiziellen Führung

freiwillig und mit voller Überzeugung auf einen Zusammenstoß mit dem chinesisch-russischen Block einlässt, um die Ukrainer, die Balten oder die Polen zu retten. Dazu bräuchten sie eine visionäre Führungspersönlichkeit, die versteht, dass man nicht ewig am politischen Zaun sitzen bleiben kann. Wirtschaftlich und geopolitisch wird Deutschland in einer neuen Nachkriegswelt auf jeden Fall schwächer sein. Denn es wird es entweder mit einem erstarkenden Mittel- und Osteuropa zu tun haben, das das Vertrauen in Deutschland verliert, oder mit einem neoimperialen, räuberischen Russland, das ebenfalls kein Vertrauen mehr in Deutschland hat. Wie es scheint, müssen sie in einer solchen Situation, in der sie ihren früheren Ruhm nicht mehr retten können, das kleinere Übel wählen und zumindest ihren guten Namen bewahren.

Der Anführer eines großen, aber viel geschmähten Reiches - Winston Churchill - stand während des Zweiten Weltkrieges vor einer ähnlichen Entscheidung. Denn es war allen Beteiligten klar, dass das britische Empire, wie auch immer der große globale Konflikt ausgehen würde, den Kürzeren ziehen würde. Denn die Nachkriegswelt würde entweder amerikanisch und damit kolonialfeindlich sein oder von den Achsenmächten beherrscht werden, wodurch die Briten an den Rand gedrängt würden. Das wussten auch die Nazis, weshalb sie Großbritannien einen Deal anbieten wollten: Im Gegenzug für Unterstützung oder relative Neutralität würde Berlin London vermutlich erlauben, einige seiner Überseekolonien zu behalten. Der bereits erwähnte Heß war ja gerade deshalb nach Großbritannien gereist, um in einer Art Verzweiflungstat einen weiteren Versuch zu Friedensverhandlungen mit Churchill zu unternehmen. Die Tatsache, dass Hitler sich von Heß distanzierte und dessen Geisteskrankheit suggerierte, schien dagegen nur ein diplomatischer Trick zu sein.

Wie England zu Beginn des Zweiten Weltkriegs braucht Deutschland heute einen Anführer, der kaltblütig beschließt, seine Machtträume zu zerstören, einschließlich der wirtschaftlichen Macht. Und das alles, um seine westliche Identität zu retten. Andernfalls droht der Albtraum eines Rückfalls in einen „deutschen Sonderweg“. Der Krieg in der Ukraine betrifft die deutsche Frage mehr oder weniger auf die gleiche Weise wie der Zweite Weltkrieg die britische Frage. Deutschland ist kein vollwertiger Global Player und kann die EU nicht als Sprungbrett zu einem solchen Status betrachten. Die Geschichte macht Deutschland zu einem der europäischen Staaten, die akzeptieren müssen, dass sich die EU vor ihren Augen entwickelt und verändert. Scholz ist sicher kein Churchill und wird auch nie einer werden. Dazu ist er zu sehr in das bestehende post-merkelsche Gefüge eingebettet. Einige Hoffnungen können auf Friedrich Merz gesetzt werden, vielleicht nicht wegen seines großen Charismas, sondern wegen seines Pro-Atlantizismus, seines Nonkonformismus und seiner Abneigung gegen die alte Ordnung in der deutschen Politik. Merz hätte jedoch auch einen Partner mit einem progressiveren und jüngeren Profil gebraucht, der gleichermaßen gegen Putin und für den Atlantik ist. Ein solcher Partner für die erneuerte CDU könnten die Grünen sein, die als einzige Gruppierung bereits vor dem Einmarsch der Russen einen Antrag zum Ausstieg aus dem Nord-Stream-2-Projekt in den Bundestag eingebracht haben. Ich persönlich würde mich sehr freuen, wenn es nach den nächsten Wahlen zu einer Koalition zwischen CDU und Grünen käme. Sie wäre auch im Hinblick auf die Zukunft Deutschlands, der NATO und der EU die vielversprechendste Konstellation.

Gleichzeitig befürchte ich, dass die SPD einen tief greifenden inneren Wandel durchmachen muss. Im Übrigen steht das ganze Land vor einer Ablösung und einer langen Zeit des Nachdenkens. Natürlich hat Deutschland bereits große Anstrengungen unternommen, um seine Vergangenheit aufzuarbeiten, und das sollte gewürdigt werden, seine Bemühungen sollten nicht lächerlich gemacht oder herabgewürdigt werden. Dennoch ist etwas sehr schief gelaufen. Aus irgendeinem Grund hat Berlin trotz vieler Alarmsignale wirtschaftlich und politisch dazu beigetragen, dass sich in Europa ein neues, starkes Unterdrückungsregime mit totalitären Zügen herausgebildet hat. Deutschland ist nicht mehr der direkte Verursacher, aber es ist mitschuldig. Das ist die schmerzliche Wahrheit, die sich nicht beschönigen oder mit diplomatischen Tricks vertuschen lässt, was nicht zufällig neuerdings „Scholzing“ genannt wird.

Zsfg.: AV

<https://forsal.pl/swiat/rosja/artykuly/8667106,niemcy-na-geopolitycznym-rozdrozu-wojna-w-ukrainie.html>

Finnland garantiert polnischen Frauen kostenlosen Schwangerschaftsabbruch. Eindeutige Erklärung von Sanna Marin



Sanna Marin Quelle: natemat.pl

Von **Katarzyna Florencka**

Polnische Frauen werden in Finnland Zugang zu kostenlosem Schwangerschaftsabbruch erhalten, erklärte die dortige Premierministerin Sanna Marin bei einem Treffen mit Vertretern der polnischen Neuen Linken. Die Forderung soll in der neuen Legislaturperiode der finnischen Regierung zum Abschluss gebracht werden.

Am Donnerstag fand in Helsinki ein Treffen einer Delegation der Neuen Linken mit der finnischen Premierministerin Sanna Marin statt. Bei dem Treffen ging es vor allem um die Frage des Zugangs zum Schwangerschaftsabbruch in Polen.

„Die Linke hat ein Abkommen über kostenlose Abtreibung für polnische Frauen in Finnland ausgehandelt“, berichtete Linken-Sprecher Marek Kacprzak nach dem Treffen. „Das Kabinett von Sanna Marin hat der polnischen Delegation zugesichert, dass Finnland den polnischen Frauen beim Zugang zu ihren Grundrechten helfen wird“, fügte er hinzu.

Der nächste Schritt werden Gespräche zwischen der Neuen Linken und der Sozialdemokratischen Partei Finnlands - unter der Führung von Marin - über die technischen Einzelheiten sein. „Ich möchte meine Solidarität mit allen Frauen in Polen zum Ausdruck bringen. Sie haben meine volle Unterstützung“, sagte die finnische Regierungschefin bei dem Treffen.

„Wir appellieren an Finnland, wie auch an einige andere Mitgliedstaaten, Organisationen institutionell zu unterstützen, die Frauen aus Polen einen kostenlosen Schwangerschaftsabbruch anbieten“, sagte Robert Biedroń, Leiter der Delegation der Linken, während des Treffens. Er fügte hinzu: „Es ist notwendig, die Rechte der Frauen zu vereinheitlichen, damit alle europäischen Frauen in den Genuss ihrer vollen Rechte kommen, wofür ich als Vorsitzender des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament jeden Tag kämpfe“.

Zur Realisierung von Sanna Marins Versprechen soll es nach den Wahlen in Finnland am 2. April kommen - vorausgesetzt, ihre Partei bleibt an der Macht. Zurzeit verliert die Sozialdemokratische Partei Finnlands in den Umfragen knapp an die Mitte-Rechts-Koalition unter der Führung von Petteri Orpo.

Belgien unterstützt Zugang zur Abtreibung für polnische Frauen

Ein Land, das den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch für Polen bereits unterstützt, ist Belgien, das jährlich mehrere tausend Euro NGO's gibt, die polnischen Frauen in Abtreibungsfragen helfen. Am 27. September 2021 wurde bekannt, dass die belgische Gesundheitsministerin und stellvertretende Ministerin für Gleichstellung, Chancengleichheit und Vielfalt eine Subvention in Höhe von 10.000 Euro an „Abtreibung ohne Grenzen“ angekündigt hat, eine Initiative, die Organisationen zusammenbringt, die Menschen beim Zugang zu einer sicheren Abtreibung helfen.

Wie Sarah Schlitz, stellvertretende Ministerin für die Gleichstellung der Geschlechter, damals erklärte, hat jeder demokratische Staat die Aufgabe, das Grundrecht auf Zugang zum Schwangerschaftsabbruch zu gewährleisten. Wenn Polen seine Bürgerinnen und Bürger nicht schützt, „muss die Zivilgesellschaft eingreifen“.

„Aus diesem Grund haben wir gemeinsam mit meinem Kollegen Frank Vandenbroucke, dem Gesundheitsminister, beschlossen, ein starkes Signal zu setzen, indem wir das *Abortion Support Network* unterstützen, das Personen aus Polen, die einen Schwangerschaftsabbruch in einem anderen europäischen Land benötigen, finanziell und logistisch hilft. Der von uns bereitgestellte Zuschuss deckt die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch in einem anderen europäischen Land für Frauen, die sich diesen nicht leisten können“, fügte Schlitz hinzu.

Zsfg.: AV

<https://natemat.pl/472658.finlandia-zapewni-polkom-dostep-do-aborcji-spotkanie-lewicy-z-sanna-marin>

Polizeischutz für Jaroslaw Kaczynski. Wir enthüllen neue Informationen



Quelle: wp.pl

Von **Michał Wróblewski**, Journalist bei *Wirtualna Polska*

Mindestens 100 Polizeibeamte schützen jedes der Parteitreffen von Jaroslaw Kaczynski mit PiS-Aktivisten und -Anhängern in ganz Polen. Dies geht unter anderem aus offiziellen Daten der Landespolizeidirektionen hervor, die der Redaktion vorliegen, aber auch aus inoffiziellen Informationen der Beamten selbst. „Für die Kollegen ist das demütigend. Sie wollen nicht mit der Politik in Verbindung gebracht werden“, so ein ehemaliger hochrangiger Beamter. Die Opposition behauptet, die PiS habe die Polizei zum „Parteischutz des Präsidenten“ gemacht.

Der Abgeordnete der Bürgerkoalition Cezary Tomczyk hat bei mehr als einem Dutzend regionaler Polizeipräsidien nachgefragt, wie viele Beamte die Besuche von Jarosław Kaczyński in den einzelnen Provinzen sichern und wie hoch die Kosten für die Sicherheit sind. Es geht um das Jahr 2022 - die Zeit, in der der Vorsitzende der PiS durch Polen reiste und sich in Dutzenden von Städten mit PiS-Aktivisten und -Anhängern traf.

In *Wirtualna Polska* waren wir die Ersten, die Informationen zu diesem Thema veröffentlichten. Wir haben bereits darüberschrieben, dass einer der letzten Besuche Kaczyńskis im vergangenen Jahr – im Dezember in Chojnice – von fast 300 Polizeibeamten gesichert wurde. Wir haben auch darüber berichtet, dass die Feierlichkeiten zum Durchstich der Frischen Nehrung, an denen unter anderem der Vorsitzende der PiS teilnahm, von mehr als 800 Polizeibeamten geschützt wurden.

Unsere Informationen wurden u. a. von Donald Tusk angesprochen. „Jeder kann zu unseren Treffen kommen, denn es gibt keine Polizeisperren“, sagte der PO-Chef vor einigen Tagen in Chojnice. Wie er zugab, „tun ihm die Polizisten sehr leid“. „Man geht nicht zur Polizei, um auf Kaczyński oder Tusk

aufzupassen. Man geht zur Polizei, um Verbrecher zu fangen, nicht um sein Leben zu vergeuden und bei Nowogrodzka-Straße, Żoliborz und Chojnice zu stehen und jemanden zu bewachen, wen auch immer“, erklärte Tusk.

„Kostenfreier“ Polizeischutz

Wie sieht es in den einzelnen Provinzen aus? Informationen darüber sind nur schwer zu erhalten. Mehrere Provinzhauptquartiere haben jedoch beschlossen, zu reagieren. Einige verweigern die Informationen. Einige zögern.

Wirtualna Polska konnte in Erfahrung bringen, dass ein Treffen zwischen Jarosław Kaczyński und Aktivisten und Anhängern der PiS in der Regel von rund 100 Polizisten geschützt wird. Einmal ist es eine etwas geringere Zahl, meistens – eine höhere.

Ein Beispiel? Das Treffen von Kaczyński in Elk am 5. November 2022 wurde von **97 Polizeibeamten** geschützt. Einen Tag später – am 6. November – war der PiS-Vorsitzende in Olsztyn und Ostróda. Dort traf er auch mit PiS-Aktivisten zusammen. Der erste Besuch wurde von **126 Beamten geschützt, der zweite von 100.**

Kosten für die Sicherheit? Dazu macht die Polizei keine Angaben. In einem Schreiben der Polizeiinspektion Olsztyn heißt es: „Die gewählte Organisation und Sicherheitstaktik verursachte keine zusätzlichen Kosten, die über die mit dem Funktionieren der Polizei verbundenen Kosten hinausgingen, und beeinträchtigte auch nicht die Aufrechterhaltung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung in anderen Orten innerhalb der ermländisch-masurischen Garnison.“

Ein unbequemes Thema

Wirtualna Polska liegen auch Schreiben von mehreren anderen Provinzhauptquartieren vor.

Das Hauptquartier in Wrocław antwortete, dass es keine Daten über die Sicherheit der Treffen des Vorsitzenden der PiS in der Woiwodschaft Niederschlesien sammelt (im Gegensatz zu den Hauptquartieren in Olsztyn, Białystok oder Pommern, die uns eine bestimmte Anzahl von Polizeibeamten nannten, die die Treffen von Jarosław Kaczyński sichern).

Das Polizeipräsidium in Rzeszów hingegen sammelt die Daten, will sie aber nicht preisgeben. In einem Schreiben, das *Wirtualna Polska* vorliegt, informiert uns der Kommandeur der Provinzpolizei, Oberkommissar Dariusz Matusiak: „Ausschlaggebend für die Anzahl der Polizeibeamten, die zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Einsatz sind, ist die ordnungsgemäße Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben unserer Formation. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Bedrohungen (...) werden die Kräfte und Ressourcen jedes Mal auf einen den möglichen Vorfällen angemessenen Dienst ausgerichtet“.

Um welche Vorfälle handelt es sich? Das Provinzhauptquartier macht dazu keine Angaben.

Das Woiwodschaftshauptquartier in Białystok, in dem der ehemalige stellvertretende Innen- und Verwaltungsminister Jarosław Zieliński (derjenige, auf den Polizisten aus einem Hubschrauber Konfetti gestreut haben) versucht, seinen Einfluss zu wahren, teilt mit, dass es bis zu **138 Polizisten** abgestellt hat, um den Besuch von Jarosław Kaczyński zu sichern.

Beschämende Affäre

Wie ein ehemaliger hochrangiger Polizeibeamter gegenüber *Wirtualna Polska* zugab, ist **der Einsatz von Polizeibeamten in so großem Umfang zum Schutz von Parteitreffen demütigend.** „Das ist nicht das, wofür diese Leute in den Dienst gekommen sind“, so unser Interviewpartner.

Informationen über die Einzelheiten der Sicherung einzelner Besuche und Treffen von Jarosław Kaczyński durch Polizeibeamte bezeichnet der Abgeordnete Cezary Tomczyk als „entsetzlich“. **„Die polnische Polizei wurde in den letzten Jahren von der PiS in einer noch nie da gewesenen Weise behandelt“**, sagt der Politiker.

Tomczyk ist der Meinung, dass die PiS „die Polizei zur Lachnummer gemacht hat“. „Die Daten über die polizeiliche Absicherung von Treffen des PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński sind erschreckend und zeigen, dass aus der Staatspolizei eine PiS-Polizei gemacht wurde“, sagt der KO-Politiker. Er fügt hinzu: „Die Uniformierten wurden als Sicherheitsdienst eingesetzt, der Präsident Kaczyński von der Öffentlichkeit trennt. Das zeigt deutlich, vor wem die Regierungspartei am meisten Angst hat“, sagt er.

Tomczyk betont auch, dass die Verschleierung dieser Daten durch einige Provinzbüros ungeheuerlich ist. Tomczyk zufolge umgeht die Polizei die Bestimmungen des Gesetzes über den Zugang zu öffentlichen Informationen, indem sie die Beantwortung von Fragen über Kaczyńskis Schutz in anderen Provinzen vermeidet.

Die PiS steht fest hinter dem Vorsitzenden und der Polizei

Was hat die PiS dazu zu sagen? „Wenn wir in Polen eine normale Opposition hätten, gäbe es neben Jarosław Kaczyński keinen einzigen Polizisten. Schließlich können wir nicht zulassen, dass eine Bande von Rowdys ihm Schaden zufügt oder dass sich ihm Horden von Menschen nähern, die ihm feindlich gesinnt sind“, so Piotr Kaleta, stellvertretender Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Verwaltung und innere Angelegenheiten.

Auch der Sprecher der PiS, Rafał Bochenek, wurde auf einer Pressekonferenz auf die Frage nach dem Schutz von Präsident Kaczyński angesprochen. Er wies darauf hin, dass der PiS-Vorsitzende der Chef der Regierungspartei und ein ehemaliger Premierminister ist. „Sehr oft (verursachen) Politiker, zumindest im Zusammenhang mit Äußerungen von Oppositionspolitikern, diese Aggression in der Gesellschaft. Der Hass, der sich gegen unsere Partei richtet, kann zu einer gewissen Besorgnis führen. Daher denke ich, dass der Vorsitzende der PiS so weit wie möglich eine Person sein sollte, die angemessen geschützt ist“, sagte Bochenek.

Er fügte hinzu, dass jede Person des öffentlichen Lebens, deren Leben in irgendeiner Weise bedroht sein könnte, geschützt werden sollte. „Die polnische Polizei sollte eine solche Person schützen“, sagte Bochenek. Er wies darauf hin, dass u.a. auch PO-Chef Donald Tusk geschützt wird.

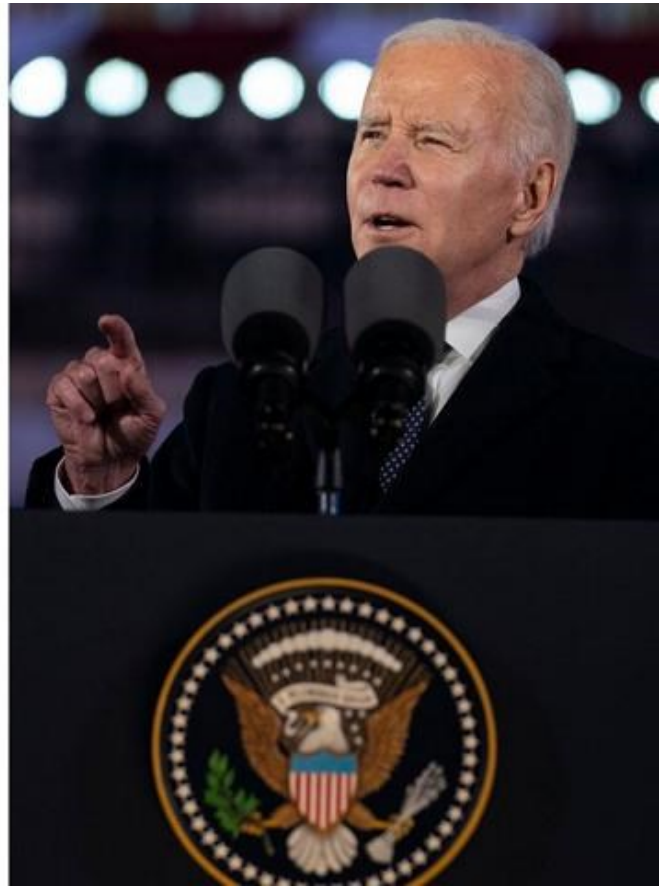
Der Umfang des Schutzes der Treffen des PO-Vorsitzenden ist jedoch nicht mit dem des Vorsitzenden von PiS vergleichbar.

Jarosław Kaczyński kann auch auf den privaten Sicherheitsdienst der Grom-Gruppe zählen, der von der Partei bezahlt wird. Medienberichten zufolge stellt die PiS dafür jährlich mehr als eine Million Zloty aus Haushaltsmitteln zur Verfügung.

Zsfg.: JP

<https://wiadomosci.wp.pl/policyjna-ochrona-jaroslaw-kaczynskiego-ujawniamy-nowe-informacje-6871790325009120a>

Bidens Hoffnung und Putins Lügen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Anne Applebaum**

Wladimir Putin sprach in einem Raum, der mit sorgfältig ausgewählten Zuhörern gefüllt war. Joe Biden – unter freiem Himmel vor Polen und in Polen lebenden Amerikanern.

Es kommt nicht oft vor, dass die Präsidenten Russlands und der Vereinigten Staaten am selben Tag wichtige Reden halten und dabei parallele Themen ansprechen. Es ist kein Zufall, dass dies gerade jetzt geschieht – am Freitag jährt sich der Einmarsch Russlands in die Ukraine zum ersten Mal. Wladimir Putin und Joe Biden haben ihren Zuhörern ihre Interpretationen des Krieges dargelegt. Und sie waren sehr unterschiedlich, so wie auch die vorgestellten Visionen der Welt unterschiedlich waren.

Wladimir Putin: Die Ukraine hat diesen Krieg begonnen

Putin sprach zwei Stunden lang in einem großen, farblosen Auditorium, das mit sorgfältig ausgewählten Zuhörern gefüllt war – Politiker, die in manipulierten „Wahlen“ ausgewählt wurden, Beamte, Offiziere, mit anderen Worten, Vertreter der russischen Elite, die angeblich am unglücklichsten über den Krieg waren. Von Zeit zu Zeit standen sie auf und applaudierten, nur um dann wieder einen grimmigen, emotional leeren Ausdruck anzunehmen – kein Wunder.

Putin hatte eine klare Botschaft für sie: „Diejenigen, die den Weg des Verrats beschreiten, werden nach dem Gesetz zur Rechenschaft gezogen. Es werde keine gezielte ‚Hexenjagd‘ gegen die Gegner geben“, sagte er. Was natürlich eine Warnung war, dass eine solche Jagd möglich ist. Auch habe der normale

Russe kein Mitleid mit denjenigen, die durch die westlichen Sanktionen Geld verloren haben – eine offensichtliche Andeutung, dass die Anwesenden, die durch die Sanktionen Geld verloren haben, keine Entschädigung erwarten sollten. Im Gegenzug bezeichnete er diejenigen, die aus dem Land geflohen waren – darunter auch die Söhne und Töchter der im Saal Versammelten – als „Verräter an der Nation“.

Punkt für Punkt wiederholte er die Lügen, die bereits wiederholt aus seinem Mund kamen: „Wir haben alles getan, um dieses Problem friedlich zu lösen“, sagte er. Die Ukraine habe „diesen Krieg entfesselt“. „Sie“ – der Westen – „sind schuld daran, und wir setzen Gewalt ein, um ihn zu beenden“. Alle Anwesenden wussten, dass dies Lügen waren. Viele hatten die Warnungen der USA vor einer Invasion öffentlich ins Lächerliche gezogen und waren schockiert und überrascht, als sie stattfand. Aber Diktatoren äußern nicht immer offensichtliche Lügen in der Hoffnung, dass ihnen jemand glaubt.

Indem er eine glatte Lüge verkündete, erinnerte der russische Diktator die russische Elite einmal mehr daran, dass er die absolute Macht innehat und dass er sagen kann, was er will, und sie nur so tun können, als ob sie ihm glauben würden.

Einige seiner Worte waren an ein anderes Publikum gerichtet. Die Ankündigung, aus dem Atomabkommen auszusteigen, sollte den Amerikanern Angst machen. Putin weiß, dass die Regierung Biden von der Angst vor russischen Atomwaffen abgeschreckt wird, und hat daher ein ureigenes Interesse daran, diese Angst zu schüren, wann immer er kann. Die sattsam bekannte Sprache über den degenerierten Westen – „die Zerstörung der Familie und der kulturellen und nationalen Identität, Perversion und Kindesmissbrauch gelten dort als die Norm“ – sollte jene Russen erschrecken, die nach der Abtrennung Russlands von Europa noch immer ein leichtes Gefühl des Bedauerns und des Verlustes empfinden. Putin bot keine umfassendere, aufregende Vision. Er hat nicht versucht, zu inspirieren, zu überzeugen oder zu begeistern, denn das hatte er nicht nötig. Er brauchte niemanden in Russland zu überzeugen – es reicht, wenn sie Angst vor ihm haben.

Joe Biden: Der Appetit eines Autokraten lässt sich nicht besänftigen

Joe Biden hingegen sprach im Freien, vor dem Königsschloss in Warschau, zu einer Menge von Polen und in Polen lebenden Amerikanern, die sich aufrichtig zu freuen schienen. Sie lächelten, unterhielten sich, schwenkten Fahnen. Aber sie waren nicht sein Hauptzielpublikum. Im Gegensatz zu Putin ging es Biden vielmehr darum, diejenigen zu erreichen, die nicht vor Ort waren – die amerikanischen, europäischen und ukrainischen Zuhörer. Um sie zu erreichen, griff er auf eine breite, universelle, offene Rhetorik zurück, auf Worte wie Freiheit und Hoffnung, die Mut machen. Und im Gegensatz zu Putin wollte er inspirieren, überzeugen, erklären. Putin, so Biden, habe am Willen Amerikas und der demokratischen Welt gezweifelt, aber er habe sich geirrt: „Ja, wir werden die Souveränität verteidigen. Ja, wir werden das Recht der Menschen verteidigen, frei von Aggression zu leben.“ Und natürlich: „Ja, wir werden die Demokratie verteidigen.“

Es geht nicht darum, jeden überall glücklich zu machen. Abgesehen von Russland nannte Biden kein einziges autokratisches Regime. Aber er berief sich auf ein anderes universelles Prinzip, das auch auf China oder den Iran zutreffen könnte: „Der Appetit eines Autokraten kann nicht gestillt werden. Ihm muss widerstanden werden. Autokraten verstehen nur ein Wort: ‚nein‘, ‚nein‘, ‚nein‘“.

Das gefiel auch der Menge vor dem Schloss. Aber eine solch breite, universelle Sprache birgt gewisse Gefahren. Bidens Warschauer Rede legte die Latte hoch – unglaublich hoch – für ihn selbst, für seine Regierung, für die NATO, für die demokratische Koalition und für die Ukraine. Da wir für „Freiheit und Souveränität“ kämpfen, können wir uns nicht mit weniger zufriedengeben.

Da wir für die Demokratie kämpfen, sollten wir verlangen, dass sie von unseren politischen Verbündeten respektiert wird – einschließlich Polen, wo die Demokratie bedroht ist.

Da wir die schrecklichen Gräueltaten, die Russland in den besetzten Gebieten der Ukraine begangen hat, als ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ bezeichnen, haben wir dann nicht die Pflicht, sie zu verfolgen? Sollten wir, da wir an Gerechtigkeit glauben, diese nicht von allen einfordern?

Wir erwarten nicht viel von denen, die mit Angst und Lügen regieren. Aber indem wir Hoffnung und Optimismus vermitteln, schaffen wir den Glauben, dass alles möglich ist. Ich hoffe, Biden hat verstanden, dass er versprochen hat, diesen Krieg zu gewinnen, und dass er nun einen Weg finden muss, dies zu tun.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,29490589,nadzieja-bidena-i-klamstwa-putina.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [wikimedia.org](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Zbigniew_Holdys.jpg)

„30% der Polen wurde beigebracht, die PO, Demokratie, Verfassung, Opposition, Tusk, Walesa, Ausländer, Anhänger anderer Religionen, LGBTQ-Menschen usw. zu hassen. Auf diese Weise ist PIS zu einer Partei von seltsamen Rassisten geworden, wie der Ku-Klux-Klan. Sie sind, wie sie selbst sagen, "weiße Übermenschen".“

Zbigniew Holdys - polnischer Musiker, Dichter, Journalist, Grafiker und Drehbuchautor

Quelle: <https://twitter.com/i/web/status/1630160167005310978>

ndr.de

Algen wohl Grund für Fischsterben in der Oder

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/Algen-wohl-Grund-fuer-Fischsterben-in-der-Oder.ndrinfo42988.html>

kas.de

Die polnische Debatte um „Kriegsreparationen“

<https://www.kas.de/pl/web/polen/einzeltitel/-/content/die-polnische-debatte-um-kriegsreparationen>

tagesschau.de

Polen und sein russisches Öl

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/polen-russland-oel-103.html>

welt.de

Deutschland sollte sich von seinem Snobismus gegenüber Polen verabschieden

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus243986745/Polen-Deutschland-sollte-mit-seinem-Snobismus-aufhoeren.html>

deutschlandfunkkultur.de

Ein Krieg, der eine Nation eine – und eine andere spaltet

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/ein-krieg-der-eine-nation-eine-und-eine-andere-spaltet-dlf-kultur-ab3d87ce-100.html>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik